

**Nr. 15/192**

**Gesundheitsgefahr durch Alkoholmissbrauch in Bremen und Bremerhaven**

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD  
vom 9. Dezember 1999  
(Drucksache 15/143)

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000**

(Drucksache 15/204)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

**Nr. 15/193**

**Verantwortlicher Umgang mit Alkohol**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD  
und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22. Februar 2000  
(Drucksache 15/219)

Die Bürgerschaft (Landtag) teilt die Inhalte und Zielsetzungen des von der Konferenz der Minister und Ministerinnen, Senatoren und Senatorinnen für Gesundheit der Länder (GMK) auf ihrer Sitzung am 20./21. November 1997 einstimmig beschlossenen „Aktionsplan Alkohol“.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass in Bremen eine gemeinsame Strategie aller relevanten gesellschaftlichen Kräfte für die Umsetzung des Aktionsplans Alkohol angestrebt wird. Die in der Bürgerschaft (Landtag) vertretenen Fraktionen setzen sich aktiv für die Realisierung eines möglichst breiten Aktionsbündnisses für einen verantwortlichen Umgang mit Alkohol ein. Sie bitten den Senat, bis zum 30. April 2000 ein Konzept vorzulegen, wie die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme durch Konsum und Missbrauch von Alkohol im Land Bremen minimiert werden können und das Maßnahmen und Hinweise dahingehend enthält, wie sichergestellt werden kann, dass zielorientiert für die betroffenen Personengruppen Hilfs- und Beratungsangebote bekannt gemacht und von diesen verstärkt nachgefragt und angenommen werden.

**Nr. 15/194**

**Arbeitsmarkteffekte von ISP-Projekten**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 16. Dezember 1999  
(Drucksache 15/155)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Das Investitionssonderprogramm (ISP) des Landes Bremen ist wesentliche Grundlage der Haushaltssanierung der Hansestadt. Ziel ist es, die Wirtschafts- und Steuerkraft des Landes deutlich zu erhöhen sowie die Wirtschaftsstruktur und die Arbeitsmärkte in Bremen und Bremerhaven zu stärken und zukunftsfähig zu entwickeln.

Die hohen ISP-Ausgaben als Investitionen in die Zukunft mit ihren sichtbaren Erfolgen auf dem Weg hin zur Sanierung unseres Gemeinwesens sind notwendig, damit in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt selbsttragende und zukunftsfähige Strukturen weiter vorangebracht werden können. Zeitgleiche, vielfach für Bürgerinnen und Bürger schmerzliche Einsparungen in konsumtiven Haushaltsbereichen sind dazu kein Widerspruch, sondern notwendige Maßnahmen zur Sicherung der fiskalischen Handlungsfähigkeit.

Das ISP in seiner derzeitig geplanten und bis dato realisierten Struktur ist und bleibt die Voraussetzung für eine nachhaltige Gesundung der bremischen Wirtschafts- und Finanzstruktur. Die Effekte des ISP auch für den Arbeitsmarkt sehen dabei alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte Bremens als ein entscheidendes Kriterium für die Beurteilung des Sanierungserfolges an.

Nach zahlreichen Beschlüssen zur Realisierung von Projekten aus ISP-Mitteln steht in der laufenden Legislaturperiode die Umsetzung dieser Projekte im Mittelpunkt. Die bisher vorgelegten Konzepte zu den Einzelprojekten enthalten in aller Regel Prognosen zu den erwartbaren Arbeitsmarkteffekten im zum Vorlagezeitpunkt möglichen Umfang. Es besteht darüber hinaus Einigkeit, dass eine Grundlage für Investitionen zur Stärkung der Wirtschaftskraft die Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist, die die Vorteilhaftigkeit der geplanten Maßnahme belegt.

1. Der Senat wird gebeten, Anträgen auf Haushaltsmittel aus dem ISP generell mit der zum Vorlagezeitpunkt möglichen Konkretisierung Abschätzungen der direkten und indirekten Arbeitsmarkteffekte möglichst in begründeter Form beizufügen.
2. Der Senat wird des weiteren gebeten, für ISP-Projekte, deren Abfinanzierung in Senat und Parlament bereits abschließend genehmigt wurde, entsprechende Konkretisierungen der voraussichtlichen Arbeitsmarkteffekte soweit noch nicht geschehen zusammenzustellen und dem Parlament bis zum 30. April 2000 darüber Bericht zu erstatten.
3. Um die Vergleichbarkeit der Arbeitsmarkteffekte der unterschiedlichen Projekte zu sichern, wird der Senat ersucht, einheitliche Prognoseverfahren anzuwenden.

## **Nr. 15/195**

### **Entwicklung des Carl-Schurz-Kasernen-Geländes in Bremerhaven**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 10. Januar 2000  
(Drucksache 15/162)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2000**

(Drucksache 15/189)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 15/196**

### **Personalcontrolling Band III**

### **Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 25. Januar 2000  
(Drucksache 15/180)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau.

## Nr. 15/197

### **Landesbreitbandnetz in Bremen**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 26. Januar 2000  
(Drucksache 15/182)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000**

(Drucksache 15/205)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/198

### **Zukunft des Landesbreitbandnetzes in Kooperation mit Wissenschaft und Wirtschaft sichern**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 23. Februar 2000  
(Drucksache 15/222)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Überweisungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 15/199

### **Versorgungsstrukturen für Diabetiker im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU  
vom 27. Januar 2000  
(Drucksache 15/185)

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 15. Februar 2000**

(Drucksache 15/206)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/200

### **Sicherstellung vertragsgemäßer Leistungen im Schienen-Personen-Nahverkehr durch die Deutsche Bahn AG**

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2000  
(Drucksache 15/187)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## Nr. 15/201

### **Ausbau des Containerterminals IV**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)  
vom 7. Februar 2000  
(Drucksache 15/194)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 15/202

### **Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen**

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2000

(Drucksache 15/198)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

## Nr. 15/203

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8 vom 15. Februar 2000**

(Drucksache 15/202)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

## Nr. 15/204

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes**

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 23. Februar 2000 (Neufassung)

(Drucksache 15/220)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.